

WERFTEN

U-Boote für Amerika?

Beim Bau von U-Booten wollen die Kieler Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW) mit den USA kooperieren. Eine entsprechende Voranfrage liegt der Bundesregierung vor. Sie soll aber erst nach Ende des Irak-Kriegs beantwortet werden. Eine Ablehnung des Militärprojekts gilt aber als sicher. Der Grund: Formal geht es zwar um Zusammenarbeit beim Bau von Schiffskörpern und Antrieb für herkömmliche U-Boote zum



Brennstoffzellen-U-Boot der HDW

INSA KORTH / DDP

Schutz der US-Küsten. Aber Berlin argwöhnt, die angeschlagene HDW wolle auf dem Umweg über die Kooperation mit dem US-Konzern Northrop Grumman doch noch das bislang aus Rücksicht auf China verweigerte U-Boot-Geschäft mit Taiwan abwickeln. Die Ame-

rikaner könnten die U-Boote weiterleiten. Sperrt sich die Regierung erneut, droht Ärger an anderen Fronten. Washington wäre nach dem Streit um den Irak-Krieg erneut brüskiert, weil Deutschland aus amerikanischer Sicht ausgerechnet Hilfe zur US-Heimatverteidigung verweigert. An der heimischen Küste brächte die rot-grüne Regierung Gewerkschaften und Werftarbeiter gegen sich auf. HDW hatte mangels ziviler Aufträge erst kürzlich die Entlassung von 750 der rund 3400 Arbeitnehmer angekündigt.

SOZIALHILFE

Eichel gegen Schmidt

In der Bundesregierung gibt es neuen Streit über die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Finanzminister Hans Eichel drängt darauf, dass der Staat keine Rentenbeiträge für die künftigen Empfänger des so genannten Arbeitslosengeldes II zahlt. Die neue Fürsorgeleistung sollen vom nächsten Jahr an knapp 1,5 Millionen Bezieher der heutigen Arbeitslosenhilfe und die rund eine Million erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger erhalten. Sozialministerin Ulla Schmidt dagegen fordert eine Regelung nach den Prinzipien der heutigen Arbeitslosenhilfe: Die Bezieher wären rentenversichert, der Bund müsste – je nach Reformmodell – zwischen 78 und 98 Euro monatlich pro Kopf an die Alterskassen zahlen. Setzt sich Eichel durch, würden der Rentenversicherung im nächsten Jahr knapp zwei Milliarden Euro fehlen. Hat Schmidt Erfolg, kämen auf den Bund Mehrausgaben von mehr als einer Milliarde Euro zu.



MARC-STEFFEN UNGER

Schmidt

LUFTFAHRT

Damenwahl an Bord

Die Bordmitarbeiter der Ferienfluglinie LTU kämpfen für die Gleichberechtigung. In einem internen Schreiben beschwerten sich die Stewards und Stewardessen über ihren Einsatz auf Sonderflügen. Vor allem während der flauen Wintersaison überlässt die LTU ihre Jets auch Spezialveranstaltern oder Großunternehmen, die Pilger nach Mekka oder Kunden zu Messen transportieren. Auch Fußballclubs wie Hertha BSC und Borussia Mönchengladbach fliegen regelmäßig mit LTU-Jets. Die Männergesellschaften bestehen darauf, von weiblichem Kabinenpersonal umsorgt zu werden. Vor allem männliche LTU-Mitarbeiter fühlen sich deshalb diskriminiert. In einem hausinternen Rundschreiben weisen LTU-Manager den Vorwurf zurück, beim Bordpersonal würde eine „Zweiklassengesellschaft“ (Mitarbeiter-Memo) entstehen. „Wir kommen dem Wunsch, vorrangig Frauen einzusetzen, gerne nach“, heißt es, „denn er trägt zur Kundenzufriedenheit bei.“